Das Bild gräbt sich tief ins Gedächtnis ein: Der russische Präsident Wladimir Putin lässt auf dem Moskauer Flughafen den roten Teppich für den verurteilten Mörder Wadim Krassikow ausrollen und empfängt ihn mit einer Umarmung. Dass sich der Auftragsmörder und sein Auftraggeber so der Weltöffentlichkeit präsentierten, löste keinen Aufschrei aus. Vielmehr war die öffentliche Reaktion im Westen überwiegend von Erleichterung geprägt. Auf den ersten Blick erscheint dies verständlich, denn nur die Freilassung Krassikows hatte es ermöglicht, dass in Russland eine Reihe von Männern und Frauen, die teils in Einzelhaft saßen und um ihr Leben fürchten mussten, entlassen und in den Westen abgeschoben wurde.

Dass der Austausch im Westen eher positiv beurteilt wird, hängt aber auch damit zusammen, wie die Geschichte bei uns erzählt wird und welche Begriffe man verwendet. Die sorgfältig vorbereitete Aktion wird „Gefangenenaustausch“ genannt, was insofern korrekt ist, als auf beiden Seiten Gefangene freikamen. Aber diese Gemeinsamkeit ist eine sehr formale. Der Begriff des Gefangenenaustauschs täuscht darüber hinweg, dass sehr ungleiche Wechsel stattfanden: Ein verurteilter Mörder und andere Inhaftierte kommen im Westen frei, im Gegenzug entlässt Russland Menschenrechtler und Oppositionel-

le, die auch nach russischem Recht keine Straftaten begangen haben. Allein die öffentliche Kritik an Russlands Krieg gegen die Ukraine reichte als Grund für die Verurteilung. Der amerikanische Journalist Evan Gershkovich war in Russland nur deshalb festgenommen worden, weil er aus Sicht des Kremls ein geeignetes Tauschobjekt für Krassikow darstellte. Nach russischem Sprachgebrauch war Gershkovich Teil eines Austauschfonds, der speziell angelegt wurde, um Verbrecher wie Krassikow auslösen zu können. Die Symmetrie, die der Begriff des Gefangenenaustauschs suggeriert, liegt hier nicht vor.

Noch irreführender ist die Erinnerung an den Gefangenenaustausch zwischen der Sowjetunion und dem Westen in den 1960er- bis 1980er-Jahren, die in vielen

Kommentaren bemüht wurde. Sind wir in die Zeit des Kalten Kriegs zurückgekehrt?

Tatsächlich sind die Verhältnisse heute ganz andere und in vielerlei Hinsicht gefährlicher als im Kalten Krieg. Der Rückgriff in die Vergangenheit kann Aufschluss geben über die Gegenwart, aber ein falscher Vergleich führt in die Irre. Mit dem historischen Verweis auf den Kalten Krieg ist die Botschaft verbunden, dass alles schon einmal da gewesen ist. Die Rückkehr des Kalten Kriegs erscheint zwar als Rückfall, aber als Rückfall in etwas Bekanntes. Das ist nicht erfreulich, aber in gewisser Hinsicht doch beruhigend. Russlands Herausforderung an den Westen heute ist aber im Kern etwas Neues. Der blutige Krieg gegen die Ukraine, der hybride Krieg Moskaus gegen viele westliche

Das Kalkül

Der jüngste Gefangenenaustausch wird anders als im Kalten Krieg die Sicherheitslage nicht verbessern.

Er fördert den Staatsterror Moskaus.

Von Martin Schulze Wessel

Staaten und der russische Staatsterror sind Facetten dieser neuen Wirklichkeit.

Der Unterschied wird deutlich, wenn man etwas genauer auf die Austauschpraxis im Kalten Krieg zurückblickt. An einer Nahtstelle von Ost und West, auf der Glienicker Brücke, die zwischen Potsdam und West-Berlin über die Havel führt, wurden im Februar 1962 zum ersten Mal Gefangene ausgetauscht: der sowjetische Spitzespion Oberst Rudolf Iwanowitsch Abel gegen Francis Gary Powers, einen amerikanischen Piloten, der bei einem Spionageflug über der Sowjetunion abgeschossen worden war. Diese Aktion bildete den Prototyp des symmetrischen Agentenaustauschs im Kalten Krieg und begründete den Mythos der Glienicker Brücke als „Bridge of Spies“, wie es im Titel eines Spielfilms von 2015 heißt.

Kurz vor dem Ende des Kalten Kriegs fand 1986 ein anderer Austausch am selben Ort statt: Wieder wechselten Spione die Seiten der Brücke, aber diesmal war auch eine Person darunter, die von Moskau als Spion, aber von den USA als Bürgerrechtler betrachtet wurde: der Dissident Anatoli Schtscharanski. Die Amerikaner beharrten darauf, dass er nicht zusammen mit den Spionen getauscht werden könne, sondern vor den anderen einzeln zur Grenzlinie gebracht werden solle, um seinen besonderen Status als Bürgerrechtler zu betonen. Die Sowjets fügten sich, lie-

ßen aber Schtscharanski mit zu weiten Hosen und ohne Gürtel über die Brücke laufen, sodass er vor laufenden Fernsehkameras der Weltöffentlichkeit ständig seine Hosen festhalten musste. Eine Geste des KGB zur Erniedrigung des Freigelassenen, die eine gewisse Ähnlichkeit zu den Praktiken von dessen Nachfolgeorganisation FSB erkennen lässt.

Die Bürgerrechtler werden auch im Westen ihres Lebens nicht sicher sein

Viel stärker sind aber die Unterschiede zwischen damals und heute: Deutschland tauschte im Kalten Krieg keine verurteilten Mörder aus. Genauso wichtig ist der Unterschied, dass Moskau heute an die freigelassenen russischen Bürgerrechtler die Botschaft richtet, dass sie sich ihres Lebens im Westen nicht sicher sein können. Dmitrij Medwedjew, stellvertretender Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, rief ihnen nach, sie sollten sich verstecken, am besten im Rahmen eines Zeugenschutzprogramms. Auch die Sowjetunion hat zahlreiche Akte von Staatsterror begangen, doch solche obszönen Ankündigungen gegenüber den gerade Freigelassenen waren nicht üblich.

Der Agentenaustausch des Kalten Kriegs funktionierte auf einer beiderseitig

akzeptierten Grundlage: Spione dienten den Supermächten und ihren Alliierten dazu, sich Kenntnisse über die Fähigkeiten und Absichten der anderen Seite zu verschaffen. Diese Praxis sollte man nicht romantisieren, aber ein Ergebnis der Spionage mit dem gelegentlichen Austausch von Agenten bestand doch darin, dass sich die Sicherheitslage zwischen den Blöcken tendenziell verbesserte. Dass man die Geheimnisse der anderen Seite durch Spionage kannte, wirkte in vielen Fällen deeskalierend.

Der Austausch, auf den sich Deutschland und die USA jetzt mit Russland eingelassen haben, bewirkt das Gegenteil. Er erhöht die Unsicherheit. Denn das Kalkül des Kreml besteht darin, den eigenen Agenten eine Botschaft mitzugeben: Wer im Auftrag der russischen Regierung im Ausland ein Verbrechen, ja selbst Mord begeht, wird vom Vaterland nicht vergessen. Indem er Krassikow auf dem Flughafen umarmte, machte der russische Präsident deutlich, dass er persönlich dafür einsteht, dass Verbrecher, die in russischem Auftrag gemordet haben, nach kurzer Haft in den heimischen Dienst zurückkehren können. Auftragsmörder sollen sich sicher fühlen. Dieser „Gefangenenaustausch“ schafft die Voraussetzungen für künftigen Staatsterror Russlands.

Martin Schulze Wessel ist Professor für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München.